



Bundeskonzferenz der Kammern der Freien Berufe Österreichs, 1010 Wien, Tuchlauben 15, Telefon 533 22 86

An das  
Präsidium des Nationalrates

Dr. Karl Renner-Ring 3  
1017 Wien

BUNDESGESETZENTWURF	
Zl.	43-GE/9-PS
Datum:	17. AUG. 1989
Verteilt:	18. Aug. 1989 Machhammer

*Dr. Altmayer*

G.Z.

Wien, den 16. August 1989

Betrifft: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Ingenieurkammer-  
gesetz geändert wird; GZ 91.521/17-IX/1/89  
Stellungnahme der Bundeskonferenz an das Bundesministerium  
für wirtschaftliche Angelegenheiten

Sehr geehrter Herr Präsident!

Die Bundeskonferenz der Kammern der Freien Berufe Österreichs  
erlaubt sich, in der Beilage ihre Stellungnahme zu oben angeführtem  
Gesetzesentwurf in 25-facher Ausfertigung zu übermitteln.

Mit dem Ausdruck vorzüglicher Hochachtung

BUNDESKONFERENZ DER KAMMERN  
DER FREIEN BERUFE ÖSTERREICHS  
Der Generalsekretär:

*A. Neubert*

Dr. Anne-Marie SIGMUND eh.



Bundeskonzferenz der Kammern der Freien Berufe Österreichs, 1010 Wien, Tuchlauben 15, Telefon 533 22 86

An das  
Bundesministerium für  
wirtschaftliche Angelegenheiten  
Stubenring 1  
1011 Wien

G.Z. Wien, den 16. August 1989

Betrifft: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das  
Ingenieurkammergesetz geändert wird  
do. GZ 91.521/17-IX/1/89

Die Bundeskonferenz der Kammern der Freien Berufe Österreichs dankt für die Übermittlung des Entwurfes eines Bundesgesetzes, mit dem das Ingenieurkammergesetz geändert wird und erlaubt sich hiezu folgende

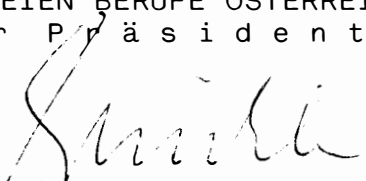
#### S t e l l u n g n a h m e

abzugeben:

Die Bundeskonferenz unterstützt vollinhaltlich die Stellungnahme der Ingenieurkammer für Wien, Niederösterreich und Burgenland und weist nochmals mit größtem Nachdruck darauf hin, daß auch bei der Erörterung der Frage einer selbständigen Standesvertretung der niederösterreichischen Ziviltechniker demokratische Grundregeln nicht in Frage gestellt werden dürfen. Auch ökonomische Überlegungen und die Frage zusätzlicher neuer Belastungen der regional betroffenen Kammermitglieder sollten vor allenfalls politische Überlegungen gestellt werden.

Die Bundeskonferenz der Kammern der Freien Berufe ersucht daher, dem Alternativvorschlag der Ingenieurkammer für Wien, NÖ und Burgenland den Vorrang vor der weiteren Behandlung des oben angeführten Gesetzentwurfes zu geben.

BUNDESKONFERENZ DER KAMMERN  
DER FREIEN BERUFE ÖSTERREICHS  
D e r P r ä s i d e n t :

  
Mag. pharm. Franz WINKLER

25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme wurden an das Präsidium des Nationalrates übermittelt

Bank für Wirtschaft und Freie Berufe, 545 0119 0000